

## **Deutsch-Polnischer Ausschuss am 17.11.2022 in Pila früher Schneidemühl, 70.000 Einwohner\*innen (Südpommern)**

Der DPA wird auf der Grundlage des Zusammenarbeitsvertrags zwischen der Deutschen Sektion des RGR und dem Polnischen Städteverband (ZMP) aus dem Jahre 1995 gebildet. Diese Vereinbarung wurde 2014 um den Polnischen Landkreisverband (ZPP) erweitert. Aufgabe des Ausschusses ist es, die kommunale Zusammenarbeit in beiden Mitgliedstaaten zu unterstützen und kommunale Themen von bilateralem Interesse zu behandeln. Das Gremium tagt zweimal jährlich, die nächste Sitzung soll voraussichtlich im Frühjahr 2023 in Deutschland stattfinden.

Zunächst wurden die Mitglieder\*innen des Deutsch-Polnischen Ausschusses von **Dr. Piotr Głowski, Stadtpräsidenten von Pila** und gleichzeitig polnischer Vorsitzenden des DPA, sowie dem deutschen Vorsitzenden, **Landrat Stefan Löwl**, aus **Dachau** begrüßt. Beide betonten die Wichtigkeit und europäische Bedeutung des grenzüberschreitenden Austausches in Krisenzeiten auf kommunaler Ebene.

Der **erste** Teil der Sitzung fokussierte sich auf die Folgen der Energiekrise für die Kommunen. Er begann mit einem Impulsvortrag von **Aldo Vargas** von der Kontaktstelle „**Nationale URBACT**“, <https://urbact.eu/> ein europäisches Programm für nachhaltige, integrierte Stadtentwicklung. Es fördert bereits seit dem Jahr 2000 den europaweiten Erfahrungsaustausch zwischen Kommunen und unterstützt sie gleichzeitig bei ihren wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Herausforderungen vor Ort.

Neben mehreren Initiativen im Rahmen dieses Programms wurde das Pilotprojekt „VILAWATT“ <https://www.uia-initiative.eu/en/uia-cities/viladecans> vorgestellt. Es fördert die Energiewende durch die Einrichtung einer öffentlich-privaten Partnerschaft, in der die Bürger und die wichtigsten sozialen Akteure eine Schlüsselrolle spielen. Vorrangig geht es darum, das Engagement und das Zugehörigkeitsgefühl der Bürger\*innen zu stärken, um einen nachhaltigen und dezentralen Energiewandel zu fördern. Über diese Seite gibt es z.B. für Bürger\*innen, sich über Möglichkeiten der Energiesparmaßnahmen zu informieren.

Weiterhin wurde berichtet, dass Kaschinski z.Zt. eine Tour durch Polen macht. Er versucht die Bevölkerung zu beruhigen:

Da der Kohlepreis sehr angestiegen ist, empfiehlt er alles zu verbrennen, außer Autoreifen...Herr Dr. Głowski sagte ironisch: nicht frieren, dafür in ein paar Jahren Lungenkrebs.

Auch wurde Kohle aus Argentinien importiert, damit konnte man nichts anfangen, man hätte damit einen Schneemann bauen können.

Es gibt in Polen eine Inflationsrate (November) von 18 %, die Energiepreise sind auf das fünffache angestiegen.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird stark vorangetrieben, z.B. bei der Windenergie ist der Abstand zur Bebauung 10x so hoch wie der Wohnraum, es gibt dort keine starren Grenzen.

Es gibt in verschiedenen Städten Programme zum Thema: Integrierte nachhaltige Stadtentwicklung u.a. sind Themen wie die Nutzung von Bauschutt für nachfolgende Gebäude, - (Programm URGE), Grüne Städte, Digitalisierung.

Pila ist zu 60 % grün, hat mehr grüne Flächen als Paris, hat auch einige Seen.

Anschließend haben die Teilnehmenden aus Polen und Deutschland die Möglichkeit genutzt, sich über die staatlichen Unterstützungsprogramme auszutauschen und Beispiele für die Hilfsmaßnahmen der Kommunen in Zeiten der Energiekrise in beiden Ländern zu diskutieren.

Zum Thema Energie berichteten Vertreter\*innen aus Bochum, LK Unna und aus dem LK Dachau:

**Bochum:** es gibt kurzfristige und langfristige Ziele, insgesamt sollen 20 % der Energie eingespart werden. U.A. werden Hausmeister, die für die Verwaltungsgebäude und Schulen tätig sind fortgebildet, es wird mehr mit Sensoren gearbeitet, Schwimmbäder Temperatur reduziert, ebenso in den Büroräumen.

**Dachau:** 20 % als Einsparziel gesetzt. Aber auch Black out geübt und Vorkehrungen getroffen für die Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. Großes Problem: an die Daten der Patient\*innen, die zu Hause beatmet werden heran zu kommen. Telefonieren z.B. um einen Krankenwagen anzufordern.

**Kreis Unna:** Große Steinkohle-Kraftwerke: besondere Herausforderung: was wird aus den Beschäftigten? Was soll mit den Flächen gemacht werden?

Es wurde eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft gegründet, arbeitet mit den Städten und Gemeinden zusammen, es wird angedacht, auf die eigenen Häuser PV-Anlagen zu installieren. Grüner Wasserstoff: Planung: Werk eröffnen, wo so was produziert werden kann.

Thema des **zweiten** Teils der Sitzung waren die Herausforderungen der steigenden Flüchtlingszahlen für die Kommunen. Der Geschäftsführer des Polnischen Städtebunds **Andrzej Porawski** analysierte die Flüchtlingswellen aus der Ukraine, von denen sich derzeit etwa 1,7 Millionen ukrainische Kriegsflüchtlinge in Polen aufhalten.

Insgesamt sind 7,66 Mio. eingereist und 5,96 Mio. wieder ausgereist, z.T. zurück in die Ukraine oder in andere europäische Länder.

Der Polnische Städtebund wird gemeinsam mit dem Institut für Stadtentwicklung ein Projekt zur Aufnahme von Flüchtlingen in kleinen und mittleren Städten durchführen.

Es stützt sich auf drei Säulen: **Wohnen, Arbeit, Schule** (Kinder und Jugendliche).

In Polen haben ukrainische Flüchtlinge den gleichen Status wie polnische Bürger\*innen.

Es gibt große Bemühungen die Menschen dort zu integrieren.

Viele ukrainische Unternehmen siedeln sich derzeit in Ostpolen an und diese können nach Ansicht von Porawski eine Brücke für den künftigen Wiederaufbau der Ukraine sein.

Herr Dr. Glowski berichtete voller Stolz, wie gut die damit verbundenen Herausforderungen gemeistert wurden. Es gibt dort Erstaufnahmestellen, dort werden alle registriert, dann kommen sie in Sammelunterkünften wie z.B. alte Grundschulen oder auch Ferienzentren. Es wurden Sach-Spendenaufrufe gestartet, bei Bekleidung wird nur Neuware angenommen.

Vorschulkinder gehen direkt in die Kita, Schulkinder waren bis Juni (Ferienbeginn) in sogenannten Vorbereitungsklassen, jede Klasse hat zusätzlich eine/n ukrainischen Lehrer\*in. Seit September gehen alle Schüler\*innen in den Regelunterricht, sie haben zusätzlich 6 Stunden Polnisch in der Woche.

Alle Geflüchteten können Psychische Unterstützung und Rechtsberatung in Anspruch nehmen, auch gibt es eine Stelle für die Übersetzung von Dokumenten.

Weiterhin sind sogenannte Integration – Manager\*innen eingesetzt, sie unterstützen z.B. bei Behördengängen und Arztbesuchen. Die polnische Regierung tut alles dafür, dass die Menschen in Polen bleiben, dort ist der Fachkräftemangel genauso hoch wie z.B. in Deutschland.

Somit steht die Ukraine vor einem neuen Problem, nämlich sie rechnet jetzt schon mit einer demographischen Krise.

Die Teilnehmenden der DPA-Sitzung berichteten außerdem von spontanen Solidaritäts- und konkreten Unterstützungsaktionen in ihren jeweiligen Kommunen bzw. die Überlegungen zu nationalen Aufbauprojekten, welche u.a. auch über Kommunalpartnerschaften erfolgen sollen.

Landrat Stefan Löwl sagte: „Gerade zu dieser Jahreszeit und angesichts der heftigen Angriffe Russlands ist unsere Unterstützung für ukrainische Kriegsflüchtlinge von entscheidender Bedeutung, aber auch die infrastrukturelle Nothilfe sowie der Blick auf einen Wiederaufbau wird auf kommunaler Ebene umgesetzt werden müssen.“

Von der deutschen Seite wurde von verschiedenen Integrationsmaßnahmen berichtet:

KIZ-Zuweisung, Integrationsklassen, private Unterkünfte, Turnhallen, Jobbörse, Hilfsgüter über polnische Partnerstädte, - Kreise, Überleitung vom AsylBewLeistungsgesetz ins SGB II, Deutschkurse, I-Helfer\*innen, Sammelaktionen von Sachspenden. Es wurde aber auch über die Probleme, die bei der Meldung der Geflüchteten bestehen.

Am Ende der Veranstaltung wurde auf den Appell/Aufruf von Selensky und Steinmeier hingewiesen, sich um Partnerschaften mit einer ukrainischen Kommune zu kümmern. Dazu gibt es Fördermittel und die GIZ kann dazu beraten: Fördermittel u.a. über SKEW einwerben.

Angela Stein-Ulrich

Mitglied im Deutsch-Polnischen Ausschuss DPA